

Sicherheit im Wandel: Arbeitsplätze und Werke bei Volkswagen und Zulieferern sichern und bei bezahlbarer Elektromobilität durchstarten

Seit Anfang des Monats ist ganz Niedersachsen in Aufruhr: Die Ankündigung des Volkswagen-Vorstands, die tarifvertraglich seit Jahrzehnten vereinbarte Beschäftigungs- und Standortgarantie infrage zu stellen, hat zu tiefer Verunsicherung im ganzen Land geführt – vor allem bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien an den VW-Standorten.

Für uns ist klar: Die aktuelle Krise haben nicht die Beschäftigten zu verantworten, sondern das Management. Ja – der Automarkt in Europa ist unter Druck und es ist eine große Herausforderung, den Wandel vom Verbrenner zum E-Auto zu gestalten und dabei weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben. Aber: Wenn Deutschlands bestbezahlte Manager als Strategie nun nur Stellenstreichungen und Werksschließungen präsentieren können, dann ist das kurzsichtig. Und es ist dreist: Der Zeitpunkt der Ankündigung genau eine Woche vor Beginn der Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie und bei Volkswagen war scheinbar bewusst gewählt. Fakt ist: Der Volkswagen-Konzern hat im vergangenen Jahr 22 Milliarden Euro Gewinn erzielt. Nicht die Beschäftigten und deren Gehälter sind das Problem bei Volkswagen, sondern Strategien und Strukturen.

Wir erklären uns solidarisch mit den rund 130.000 Kolleginnen und Kollegen an den VW-Standorten in Deutschland, 100.000 davon in Niedersachsen. Hinzu kommen die rund 240.000 Beschäftigten bei den Zulieferern in unserem Bundesland. Wir unterstützen mit ganzer Kraft den Einsatz der Betriebsräte, der Gewerkschaften und der Vertreter:innen des Landes und der Arbeitnehmer:innen in den Aufsichtsräten für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten und für eine zukunftsfähige Industrie in Niedersachsen, Deutschland und Europa.

Als SPD-Bezirk Hannover haben wir uns bereits im Februar 2024 umfassend zum Wandel in der Automobilindustrie positioniert.¹ Wir bekräftigen diese Positionierung und setzen jetzt auf folgende Initiativen:

1. **Keine Werkschließungen, keine Entlassungen – stattdessen zurück an den Verhandlungstisch:** Wir lehnen Standort- und Stellenstreichungen ab und fordern die Arbeitgeberseite auf, auf die Verhandlungsebene zurückzukehren. Die Beschäftigungs- und Standortgarantie muss weiterhin tarifvertraglich gesichert bleiben. Dabei setzen wir auf den Einfluss der Niedersächsischen Landesregierung im Aufsichtsrat der Volkswagen AG.

¹ <https://spd-bezirk-hannover.de/meldungen/spd-bezirk-hannover-fordert-tempo-bei-der-transformation>

2. **Für einen Turbo bei E-Autos: Neue Kauf-, Umtausch- und Leasinganreize einführen.** Die kurzfristige Abschaffung der Kaufprämie für E-Autos kurz vor Jahresende 2023 war ein schwerer Fehler. Während in den meisten Ländern Europas die Nachfrage nach E-Autos weiter steigt, sind durch den plötzlichen Förderstopp Neuzulassungen drastisch eingebrochen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Technologie hat dadurch gelitten. Deshalb sollten unbedingt kurzfristig erneut durchdachte und neu gestaltete Kauf-, Umtausch- und Leasinganreize orientiert am Beispiel von Frankreich an den Start gehen, das den Absatz von mehr E-Autos und zugleich den Umtausch von Verbrenner-Autos fördert. Prämien sollen dabei kombinierbar sein. In der Ausgestaltung müssen pragmatische soziale (z.B. Staffelung der Prämie u.a. nach Fahrzeugkaufpreis und Bonus für einkommensschwache Haushalte) und ökologische (z.B. Einbeziehung der Umweltbilanz in der Produktion) Kriterien berücksichtigt werden. Für die Finanzierung soll wie ursprünglich das Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds“ in Anspruch genommen werden, in dem jetzt durch die verschobene Intel-Ansiedlung in Magdeburg rund zehn Milliarden Euro freigeworden sind.
3. **Klare Orientierung der EU für E-Mobilität – Schluss mit Störsignalen und politischen Nebelkerzen:** Neben den Rahmenbedingungen des Automarkts haben in Europa vor allem die Desinformationskampagnen von Konservativen und Rechtsextremisten die E-Mobilität geschwächt. Es darf nun kein Hin- und Her mehr geben: Die Flottenziele der EU stehen, ab 2035 müssen neu zugelassene Autos einen CO²-Ausstoß von Null erreichen. Auf dem Weg dahin können Anpassungen möglich sein, das Ziel allerdings ist für uns nicht verhandelbar. Damit erhält die Industrie Planungssicherheit – sie ist allerdings zugleich gefordert, sich zur E-Mobilität klar zu bekennen und in diesem Bereich Investitionen zu tätigen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dazu gehört auch, bezahlbare Modelle an den Start zu bringen.
4. **Infrastruktur-Turbo für E-Mobilität und Industriestrategie für Niedersachsen:** Die Entwicklungen bei Volkswagen betreffen unser gesamtes Land. Deshalb müssen wir politische Rahmenbedingungen setzen, die die Branche insgesamt stützen. Wir fordern deshalb ein ergebnisoffenes industriepolitisches Dialogformat für Niedersachsen, das mit Blick auf die Automobilbranche auch die Zulieferer stärker berücksichtigt, die flächendeckend in ganz Niedersachsen angesiedelt sind. Damit wollen wir gezielte Wachstumsimpulse überall vor Ort aufhalten. Zugleich wollen wir im Zusammenschluss von Bund, Land und Kommunen den Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität noch mehr beschleunigen und Verfahrenshemmnisse noch schneller abbauen. Zudem muss das Laden an öffentlichen Ladepunkten schlicht und einfach günstiger werden. Industriepolitisch fordern wir ebenfalls erneut die Einführung eines Transformationsstrompreises. Mit dieser befristeten Strompreisbremse, welche zum Beispiel auch an Energieeffizienzziele gekoppelt werden kann, stützen und stärken wir unsere Industrie.